

Hilfloser Sicherheitsrat

Nordkorea-Krise Machthaber Kim Jong Un provoziert trotz beschlossener Sanktionen erneut mit einem Raketentest. Die vertrackte Situation weckt erneut Rufe nach einer Reform des UNO-Sicherheitsrats.

Richard Clavadetscher und Balz Bruder

Die Reaktionen sind inzwischen fast schon Routine: Nach dem erneuten Raketentest Nordkoreas von gestern kam es zu den üblichen internationalen Verurteilungen; das Geschehen veranschaulichte einmal mehr, dass die UNO-Sanktionen gegen das isolierte Land mindestens kurzfristig keine Wirkung zeitigen.

Die UNO, der Sicherheitsrat, sie wirken hilflos angesichts der Absicht Nordkoreas, an seinem Raketenprogramm festzuhalten. «Es ist richtig, der UNO-Sicherheitsrat war bisher nicht in der Lage, Nordkorea davon abzubringen, Atomwaffen und Trägersysteme zu entwickeln», sagt denn auch Hanns W. Maull von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Der Sicherheitsrat sei immer gerade so stark, wie es seine Mitglieder zulassen, hält Benno Zogg, Researcher am Center für Security Studies (CSS) der ETH Zürich, fest. Und Fredy Gsteiger, diplomatischer Korrespondent von Radio SRF und zurzeit bei der UNO in New York, weist darauf hin, dass sich die Situation stets so präsentiere, «wenn die Interessen der Grossmächte im Sicherheitsrat nicht deckungsgleich sind». Man sei sich zwar einig, dass Nordkorea keine Atomwaffen und Trägersysteme entwickeln solle, man ist sich aber uneinig über den Weg, dies zu verhindern. «Wenn China und Russland nicht wollen, geht nun mal nichts Entscheidendes», ergänzt Albert A. Stahel vom Institut für Strategische Studien in Wädenswil.

Bemerkenswerte Einstimmigkeit

Maull weist darauf hin, dass Nordkorea für sein Verhalten immerhin einen Preis zahle: «Der Sicherheitsrat hat umfassende Wirtschaftssanktionen über Nordkorea verhängt und dieses Sanktionsnetz in den letzten Monaten immer enger gezogen.» Sicherheit werde «immer das umstrittenste und heikelste Thema internationaler Beziehungen bleiben», so Zogg – zumal im Sicherheitsrat immer die fünf Vetomächte entschieden. Dass dies bei divergierenden Interessen dann zu einer «Lähmung des Sicherheitsrates» (Gsteiger) führt, ist nicht neu, sondern bestens bekannt aus der Zeit des Kalten Krieges. Tatsächlich hat die Zahl der Vetos im



Eine Fernsehleinwand in Tokio zeigt den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un.

Bild: Getty (Tokio, 15. September 2017)

Sicherheitsrat seit 2000 wieder deutlich zugenommen. Allerdings gelte dies nicht für Nordkorea, sagt Maull. Es gebe «seit 2006 eine lange Liste von Resolutionen des Sicherheitsrates gegen Nordkorea». Der Rat sei gegenüber Nordkorea also durchaus handlungsfähig, so Maull. «Aber bislang war er eben auch machtlos gegenüber Pjöngjang, das sein Programm ohne Rücksicht auf die Kosten für die eigene Bevölkerung vorantreibt.»

Dass der Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Nordkorea mehrmals einstimmig verschärft habe, findet Zogg vom CSS immerhin «bemerkenswert». Eine andere Frage sei aber tatsächlich, ob und wie sich das isolierte Land überhaupt davon beeinflussen lasse. Entschiedenem Handeln der Grossmächte, manchmal auch regionaler Organisationen, besonders aber auch geschickter Diplomatie inklusive vertrauensbildender Massnahmen sei in solchen Situationen «oft mehr Erfolg beschieden», ist er überzeugt.

«Es gibt letztlich keine Alternative»

Auch wenn die Erfolgsbilanz von UNO und Sicherheitsrat gerade bei Nordkorea durchgezogen ausfällt, steht für den CSS-Forscher fest: «Es gibt letztlich keine Alternative zur UNO.» Denn keine andere Organisation bringe «in solch institutionalisiertem und thematisch breitem Mass alle Länder der Welt zusammen».

Bleibt die Frage nach einer Reform des UNO-Sicherheitsrates, wie sie seit Jahren diskutiert wird. Die Zusammensetzung dieses Rates spiegelt im Wesentlichen die Machtverteilung am Ende des Zweiten Weltkrieges wider und ist damit für die Gegenwart nicht mehr wirklich repräsentativ. Sie möge wünschenswert, gar nötig sein, kommen werde sie aber auf absehbare Zeit nicht, sagen Maull von der Berliner SWP wie auch Zogg vom CSS übereinstimmend. Gsteiger und Stahel benennen den Grund: Die Reform komme nicht, weil «die jetzigen Profiteure» (Gsteiger) ihre Privilegien nicht abgeben wollten. Gsteiger fragt sich zudem, ob die Grossmächte nach einer entscheidenden Beschneidung ihrer gegenwärtigen Rechte überhaupt noch bereit wären, in der UNO mitzuarbeiten – «wenn sie jederzeit von kleinen Ländern überstimmt werden könnten».

«Ab sofort leben wir in ständiger Angst»

Japan Eine Minute vor sieben Uhr morgens, internationaler Flughafen Pjöngjang. Die Passagiere von Flug JS 151 von Pjöngjang nach Peking waren zum Einsteigen bereit. Plötzlich ein donnernder Knall inmitten des Check-in. Eine Rakete schoss dröhnend in die Luft. Vom nördlichen Teil des Flughafens, keine sieben Kilometer vom zivilen Abfertigungsgebäude im Südteil entfernt, hob der Flugkörper Richtung Japan ab.

Acht Minuten später heulten auf Hokkaido die Sirenen. Der nordkoreanische Flugkörper hatte gerade Japans nördlichste Hauptinsel passiert. Millionen Menschen wurden unsanft von ihrem Handy geweckt. Das Frühwarnsystem J-Alert versendete mehrfach die dringende Warnung «Rakete abgeschossen». Kurz darauf informierte der offizielle Text: «Soeben passierte ein Flugkörper unser Gebiet im Norden Japans. Wenn Sie etwas Verdächtiges bemerken, halten Sie sich davon fern, informieren Sie Polizei oder Feuerwehr und begeben sich sofort in ein sicheres Gebäude, oder suchen Sie Schutz im Untergrund.» In zwölf Präfekturen und 617 Gemeinden wurde der Zivilalarm ausgelöst, Lautsprecher forderten die Menschen auf,

geschlossene Räume aufzusuchen. Der Zugverkehr wurde gestoppt, später druckten die grossen Zeitungen des Landes Extraausgaben, um die Berufspendler über das Geschehen zu informieren. «So etwas habe ich noch nie erlebt», sagte der sichtlich bestürzte Yoshihiro Daito. «Ich zittere immer noch. Die Regierung rät uns, in stabile Gebäude zu fliehen. Aber das geht nicht so schnell», schildert der Manager einer lokalen Fischereigenossenschaft die allgemeine Ratlosigkeit. «Wir können nichts dagegen tun. Ab sofort leben wir in ständiger Angst.»

Japan sind militärisch die Hände gebunden

Japan steht wieder einmal unter Raketenbeschuss und wirkt angesichts der Bedrohung erneut sehr hilflos. Premierminister Shinzo Abe sprach von einer «schwerwiegenden und ernsthaften Gefahr». Es ist das fünfte Mal seit 2009, dass Nordkorea eine Rakete über Japan hinwegschickte, zuletzt am 29. August. Militärisch hat die Regierung in Tokio erneut nichts unternommen. In Japan gibt es fast überall im Land Raketenabwehrsysteme. Verteidigungsminister Itsunori Onodera gab aber keinen Befehl zum Abschuss der

Erneut nordkoreanische Rakete über Japan



nordkoreanischen Rakete. Das Militär habe abermals erkannt, dass das Geschoss sehr wahrscheinlich nicht in Japan oder seiner maritimen Wirtschaftzone einschlagen würde. In diesen Fällen verbietet die Verfassung eine Attacke auf fremde Flugkörper. Aber immer mehr Japaner verlangen von ihrer Regierung,

dass sie gemeinsam mit den Verbündeten USA und Südkorea wirksame Massnahmen zur Abwehr nordkoreanischer Raketen ergreift. Erst am Vortag hatte die Propagandamaschine Pjöngjangs dem Nachbarstaat und seinen 128 Millionen Menschen mit Vernichtung gedroht. «Japan muss nicht länger in unserer Nähe

existieren», verkündete das nordkoreanische Friedenskomitee für Asien und Pazifik. Der Nachbarstaat solle «durch die Atombombe in der See versinken». Auch die Vereinigten Staaten wurden in dem Aufruf wieder einmal mit Krieg bedroht: «Lasst uns das Kernland der USA auf Asche und Dunkelheit reduzieren.»

Um 7.16 Uhr war der Raketenspuk zu Ende. Nach rund 3700 Kilometern fiel die Hwasong-12 in den Pazifik. So weit ist eine nordkoreanische Rakete noch nie zuvor unter echten Einsatzbedingungen geflogen, also in einer Gipfelhöhe von mehr als 750 Kilometern auf einer ballistischen Bahn. Weit genug jedenfalls, um den US-Militärstützpunkt Guam in 3400 Kilometer Entfernung zu treffen. Damit demonstriert Diktator Kim Jong Un, dass er vielleicht sogar schon den Sitz des US-Pazifikkommandos auf Hawaii erreichen könnte. Vor allem will er aller Welt zeigen, dass er die internationale Meinung und verschärfte Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats ignoriert. Kim kündigte gestern weitere Raketentests an. Angeblich hat das Regime noch drei weitere solcher Interkontinentalraketen im Arsenal.

Angela Köhler, Tokio